

Standpunkte und Schlussfolgerungen zu den jüngsten Wahlergebnissen

(Linke steht vor einem „existenzielles Problem“)

Zu den Ergebnissen der jüngst zurück liegenden Wahlen muss eine grundlegende Diskussion geführt werden. Nicht nur die die Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN erwarten eine kritische Wertung des politisch tatsächlich Erreichten mit Blick auf künftige Zielsetzungen, sondern auch die potentiellen Wählerinnen und Wähler unserer Partei.

Wir meinen, es ist höchste Zeit, unvoreingenommen und vorurteilsfrei die gegenwärtige Situation zu analysieren und bisher gesetzte Schwerpunkte in der politischen Arbeit kritisch zu hinterfragen. Der Volksmund würde sagen: "Es gilt reinen Tisch zu machen".

Die politische Talfahrt der LINKEN begann bereits mit den Ergebnissen der Regierungsbeteiligungen und setzte sich mit den Diskussionen um rot-rot-grün fort. Politische und personelle Konsequenzen aus den deutlichen Wählerverlusten gab es nicht. Pluralismus wurde zunehmend durch Beliebigkeit und Angepasstheit ersetzt bzw. verwechselt.

Die uns bisher bekannt gewordenen Schwerpunktsetzungen und Arbeitsrichtungen reichen unseres Erachtens dabei nicht aus. Dazu möchten wir einige Arbeitsthesen in die Debatte einbringen.

Wir sollten der Debatte und Diskussion in der Partei die notwendige Zeit einräumen, den erforderlichen breiten Raum geben sowie eine angemessene Beteiligung sichern. Schnellschüsse nützen nicht. Konsequenter dem Parteiprogramm folgend, sollten klare Aussagen zu den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen, als Voraussetzung einer anderen Politik, getroffen werden. Es bedarf einer unmissverständlichen Debatte sowie Entscheidung zur Transformationstheorie.

Insbesondere der Zusammenhang zwischen unserer Friedens- und Flüchtlingspolitik ist stärker herauszuarbeiten. Klares Bekenntnis gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und Auflösung der NATO, pro Asyl und Willkommenskultur.

Die „Zielgruppen“ unserer politischen Arbeit sind deutlich zu benennen, gezielter anzusprechen. „Allen recht zu tun, ist eine Kunst die niemand kann!“

Die soziale Frage muss den Inhalt unserer politischen Arbeit bestimmen und deutlicher artikuliert und praxisorientiert umgesetzt werden (u. a. Unterstützung und Beteiligung an Arbeitskämpfen).

Die Bündnisfrage/Bündnisfähigkeit auf allen politischen Ebenen ist zu durchdenken und Kompromisse dürfen nicht der Beliebigkeit zum Opfer fallen(Haltelinien sind durchaus eine Option).

Klare Aussagen und Bekenntnisse zur eigenen geschichtlichen Vergangenheit und Tradition. Man sollte nicht die Axt an die eigenen historischen Wurzeln legen, sondern Kraft und Erkenntnisse daraus gewinnen.

In der Auseinandersetzung mit der AFD ist es zwingend notwendig, nicht einseitig die rassistische Seite dieser Partei zu betonen, sondern in der Hauptsache die antisoziale Programmatik zu verdeutlichen. Wählerstimmen für diese Partei kommen nicht nur aus dem Mittelstand, sondern auch aus Kreisen gesellschaftlich Benachteiligter. Dass sich diese Programmatik genau gegen diese selbst richtet wird nicht bemerkt. Dagegen ist anzukämpfen. Es darf für die Wahlergebnisse keine Wählerschelte geben, eine verkürzte Bewertung nur als "rechten Ruck" und Fingerzeig auf die sogenannte Schuld Anderer geben.

Es bleibt bei einer klaren Abgrenzung gegen rechts und Neofaschisten (hier sollte auch auf die Wortwahl geachtet werden), aber es muss eine differenzierte Analyse/Bewertung der Wahlmotivation von AfD-Wählern geben. Denn erstens gab es schon in den 1990-Jahren eine hohe Akzeptanz für rechte Parteien(NPD, DVU...), "Rechtes Führungspersonal" kam aus "dem Westen" und der Umbruch brachte für viele Menschen existenzbedrohende Lebenssituationen sowie tief Enttäuschungen, für die die Politik verantwortlich zeichnet.

Sozial Schwache nehmen nicht wirklich DIE LINKE als Alternative wahr, da sie sich in die bestehenden politischen Verhältnisse zunehmend einbinden will (um welchen Preis) und lässt. Es bedarf klarer "Kanten" und nicht verhandelbarer Gegenpositionen im Interesse der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und auch Rentner (unsere Initiative zum Mindestlohn haben andere an sich gerissen, Angleichung der Lebens- und Rentenverhältnisse bleiben erstrangige Aufgabe). Ein Fabulieren über mögliche schwarz-linke Koalitionen, wie Genosse Gysi in der Öffentlichkeit schwurbelte, sollte für die Partei DIE LINKE keinen Eingang in die Gedankenwelt bekommen.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

i.A. Raimon Brete

Vors. Ortsverband Sonnenberg/Chemnitz